Die Zahl der auf Basels Strassen anschaffenden Sexarbeiterinnen hat massiv zugenommen, insbesondere im Geviert Webergasse-Ochsengasse. Dies führt zum einen zu aggressiverem Anwerben potentieller Kunden, vor allem aber zu einer illegalen Ausdehnung des Rotlicht-Milieus. Viele Sexarbeiterinnen weichen der grossen Konkurrenz in der Kleinbasler Toleranzzone in benachbarte Strassen aus. Dies führt zu den entsprechenden unerwünschten Folgen für die dortigen Anwohnenden und vor allem auch für das örtliche Gewerbe. So steht ein Hotel in der Nähe der Kaserne vor dem Aus, weil die Gäste ausbleiben, nachdem sie im Internet vermehrt negative Bewertungen wegen Belästigungen durch Sexarbeiterinnen nachlesen müssen.

Eine Verschärfung dieser Tendenz ist absehbar. Zum einen, weil in Kürze auch Sexarbeiterinnen aus weiteren Oststaaten zur Arbeitsaufnahme in die Schweiz einreisen dürfen. Zum anderen wird das neue Verkehrssystem Innerstadt zu einer Verschiebung des motorisierten Freier-Verkehrs an andere Orte, etwa um die Claramatte, führen.

Bislang konnten Sexarbeiterinnen, die ausserhalb der Toleranzzonen anwarben, von der Polizei höchstens verzeigt werden. Dieses Verfahren dauert solange, dass die Täterinnen bereits längst wieder im Ausland waren, bis eine Sanktion rechtskräftig war. Verständlicherweise verzichtet die Polizei meist darauf, diesen administrativ aufwändigen Leerlauf in Angriff zu nehmen.

Deshalb soll ein Wechsel von heutigen Verzeigungs- zum Ordnungsbussenverfahren erfolgen. Dies bedingt eine Ergänzung des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes um den entsprechenden Tatbestand.

Einwenden könnte man, dass ja eine Ordnungsbusse angefochten werden kann, womit wiederum das langwierige Verzeigungsverfahren zur Anwendung kommt. Hier sei aber an die Praxis gegenüber ausländischen Verkehrsteilnehmern erinnert, denen bei Verfehlungen im Strassenverkehr eine Kautionshöhe in Höhe der zu erwartenden Summe von Busse und Verfahrenskosten berechnet wird. So soll auch in diesen Fällen von „Verkehrsdelikten“ vorgegangen werden.

Die Unterzeichnenden ersuchen den Regierungsrat, eine Ergänzung des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes vorzulegen, welches die Sanktionierung der Verletzung der Toleranzzonen mit einer Ordnungsbusse nicht unter CHF 100 vorsieht. Dazu ist dafür zu sorgen, dass bei Widerspruch gegen die Ordnungsbusse der zu erwartende Betrag für Busse und Verfahrenskosten mittels Erheben einer Kautionshöhe gesichert wird.

André Auderset, Ursula Metzger, Felix W. Eymann, Kerstin Wenk, Peter Bochsler,
Patricia von Falkenstein, Sibel Arslan, Samuel Wyss, Pasqualine Gallacchi